

Information Diskussion

Nummer 239 · Februar 2011

mit **SF** aktuell

KAB

KATHOLISCHE ARBEITNEHMER/INNEN
BEWEGUNG OBERÖSTERREICH

Freiheit

Gleichheit

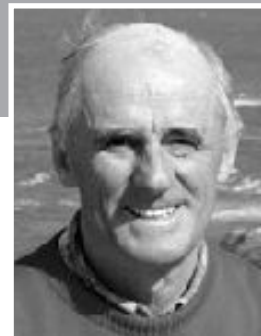
Geschwister-
lichkeit

Demokratie

geht MICH was an!

Für MitarbeiterInnen, Freundinnen und Freunde der
Katholischen ArbeitnehmerInnen Bewegung Oberösterreich

Katholische Kirche
in Oberösterreich



Liebe Freundinnen und Freunde der KAB!

Unsere heutige Demokratie in Österreich ist gut 90 Jahre jung. Trotz einiger Niederschläge, wie z. B. 1933 und 1938, ist sie heute ein fester und unbestrittener Eckpfeiler unserer Republik. Diese Demokratie wurde hart erkämpft, von der Revolution 1848 und den ersten Zugeständnissen 1867 war es ein langer Weg bis zur Ausrufung der ersten demokratischen Republik.

Eigentlich könnten wir heute stolz sein auf das Erreichte. Und doch macht sich Verdrossenheit breit. Wobei es oft schwer zu unterscheiden ist, ob es eine Politik- oder Demokratieverdrossenheit ist.

Einige Beispiele: Die Wahlbeteiligung geht von Jahr zu Jahr zurück, und das nicht nur in Österreich – in manchen Ländern sind die Nichtwähler die stärkste

Fraktion. Eine Studie der Universität Wien von 2008 zeigt, dass in Österreich die Zufriedenheit mit der Demokratie in den letzten zehn Jahren dramatisch gesunken ist, von 73 % 1999 auf 50 % 2008. Viele trauen diesem System nicht mehr. Es folgt der Ruf nach dem „starken Mann“, er soll das alles richten, vor allem so wie ICH es will.

Dann gibt es die Meinung, dass die da oben es sich doch so richten, wie es ihnen passt. Wir erleben es heute manchmal sehr bedrückend, wie Meinungsmache und Machtgier demokratische Errungenschaften für sich in Beschlag nehmen. Es ist oft nicht mehr die Verantwortlichkeit, zu gestalten und für das Gemeinwohl des Volkes zu sorgen – die Ausübung von Macht steht im Vordergrund.

Demokratie braucht Lernfelder. In der Familie und in der Schule muss es erlebbare und ernst gemeinte Möglichkeiten der Demokratieausübung geben, natürlich auch am Arbeitsplatz und im Wohnbereich.

Demokratie ist nicht statisch und braucht vernünftige Anpassungen, die neben der parlamentarischen Demokratie auch direkte Demokratieformen zulässt.

Und Demokratie ist fordernd, sie braucht uns als aktive und interessierte BürgerInnen. Verdrossenheit oder Bequemlichkeit können keine Antwort auf die heutigen Probleme unserer Welt sein, ob Ungerechtigkeiten, Ungleichheit, Umweltzerstörung oder Sinnentleerung.

Demokratie braucht uns!

Herbert Kuri

Inhalt

SCHWERPUNKT

Theologisches

Der Traum einer Gesellschaft ...

Fritz Käferböck-Stelzer Seite 3

Der Weg in die Gleichheit ...

Natascha Walicord Seite 4-5

Wem gehört die Demokratie?

Erwin Leitner Seite 6-7

Europ. Bürgerinitiative

..... Seite 7

Mitgestalten statt geschehen ...

Heinz Stricker Seite 8-9

Mehrheitsentscheidungen?

Rudinger Bernhard Seite 9

Daheim in meiner Gemeinde ...

C. Hössinger, St. Hindinger Seite 10

Demokratie weltweit

Kurt Rohrhofer Seite 11

Wertewandel

..... Seite 11

Lernfelder der politischen ...

Rahel Baumgartner, Hakan Gürses Seite 12

Impuls

Herbert Kuri Seite 13

Freunde schützen vor ...

Rainer Tüchlerberger Seite 14

BERICHTE

Herbstblätter

Peter Weibold Seite 15

Rollenspiel

Edith Rohrhofer Seite 15

Aus meiner Runde

Klaus Willburger Seite 16

Ein Abend für Frauen

..... Seite 17

Schluss mit ...

Elisabeth Zarzer Seite 17

100 Jahre Intern. Frauentag

..... Seite 17

Berichte Wels

..... Seite 18

Aktionswerkstatt

..... Seite 19

Neuer Jugendleiter

..... Seite 19

SERVICE

Medientipp Seite 5

Konsumententipp Seite 7

Buchtipps Seite 13

60 Jahre KAB Ö Seite 16

Termine Seite 20

IMPRESSUM:

Kommunikationsorgan der Kath. ArbeitnehmerInnenbewegung Oberösterreich (KAB OÖ)

Alleininhaberin, Herausgeberin und Redaktion:

Diözese Linz, KAB OÖ, Kapuzinerstr. 84, 4020 Linz,

kaboee@dioezese-linz.at, www.mensch-arbeit.at

Zulassungsnummer: GZ02Z031831M

Redaktionsteam: Gudrun Bernhard, Herbert Kuri,

Heinz Mittermayr, Karl Quetschiner, Margit Savernik,

Heinz Stricker, Rainer Tüchlerberger, Andreas Ullmann,

Waltraud Wührer, Elisabeth Zarzer

Titelbild: Edith und Kurt Rohrhofer

Fotoquelle: KAB OÖ, falls nicht anders angegeben

Korrektur: Claudia Höglinger / Layout: Renate Moser

Herstellerin: Diözesandruckerei des Pastoralamtes,

Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz

Verlags- und Herstellungsort: Linz

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.



Fritz Käferböck-Stelzer,
Betriebsseelsorger, Enns

Der Traum einer Gesellschaft, wo Gerechtigkeit und Frieden einander küssen

Was derzeit in unserem reichen Land passiert, schreit zum Himmel. Demokratisch abgestimmte Budgets werden verkündet als die besten aller möglichen – dass dadurch vielen Menschen gerade am unteren Rand der Gesellschaft Lebensmöglichkeiten entzogen werden, kratzt nicht. „Ich bin gekommen, den Armen die frohe Botschaft zu verkünden“, ist bei Jesaja nachzulesen. Die Botschaften, die uns die Mächtigen dieser Welt verkünden, sind alles andere als frohmachend. Das ist Grund genug, uns unserer jüdisch-christlichen Tradition des Widerständigen zu erinnern.

Es ist der Blick von unten, der den Blick von oben entlarvt – als einen Blick von oben eben. Wir leben in autoritären Macht- und Herrschaftsverhältnissen, die uns immer wieder in demokratischen Gewändern begegnen. „Bei euch aber soll es anders sein“, heißt es in der Bibel in Abgrenzung zu den Abhängigkeits- und Machtverhältnissen dieser Welt. Biblische Erzählungen geben mutlos gewordenen Menschen Kraft, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen, wecken Sehnsucht nach dem Reich Gottes oder paradiesischen Zuständen, erinnern an Menschen und ihr Eintreten für eine gerechte Gesellschaft. Nicht nur in großen Projekten, dafür oft im ganz Alltäglichen, wo dann Ausdauer gefordert ist. Sie ermutigen und regen an, in die Geschehnisse dieser Welt als handelnde Subjekte einzugreifen. Biblische Texte entwerfen Bilder eines Reiches Gottes ohne Herrschaft, wo es nur einen Herrn geben soll, Jahwe, quasi als „Anti-Herr“, damit sich niemand über einen anderen Menschen erhebt. „Da ist weder Jude noch Grieche, da ist weder Sklave noch Freier, da ist nicht Mann und Frau. Denn ihr seid alle eins in Christus Jesus.“ (Gal 3,28f.).

Diese Hoffnungsgeschichten ermutigen uns, immer wieder neu an die Veränderbarkeit der Welt zu glauben, den Traum einer herrschaftsfreien Gesellschaft umzusetzen. Sie weisen auf die unbedingte Gleichheit der Menschen hin, wo niemand sich über den anderen erheben darf, träumen von vorbehaltloser Geschwisterlichkeit. Eine andere Welt als die derzeitige ist möglich, und sich dazu zu bekehren, hat immer Sinn.

Auch im Blick auf unsere Demokratie können wir von der Bibel lernen. Demokratie

stützt sich auf Abstimmung und Mehrheitsverhältnisse statt Konsens und Mitbestimmung von Betroffenen, letztlich also auf die Macht der Mehrheit. Texte und Geschichten der Bibel hingegen beziehen Position für die Unterlegenen, für die Be-



nachteiligten der Gesellschaft. Sie sind die Bevorzugten in der Geschichte Jahwes mit seinem Volk. Sie sind das Maß, an dem sich Gesellschaft und deren Handeln zu orientieren hat. Aus den

Befreiungsgeschichten der Bibel können wir lernen, freie Menschen in selbstbestimmten, gemeinschaftlichen Verhältnissen zu werden, die aus der Fülle dessen, was die Welt gibt, gut leben können, weil diese Güter gerecht und nicht herrschaftlich und gewinnorientiert verteilt werden.

Der Maßstab für die Bibel ist nicht das Normale, sondern das Menschen- freundliche

„Blut vergießt, wer dem Arbeiter den gerechten Lohn vorenthält“, heißt es in Jesus Sirach 34,27. „Ich bin Jahwe, dein Gott, der dich ausziehen ließ aus dem Land Ägypten, aus dem Haus der Sklaverei“. So bringt Exodus 20,2 die Kernaussage der Bibel auf den Punkt. Biblische Texte beziehen sich auf bedrückende Lebens- und Arbeitsverhältnisse und deren Überwindung mit Hilfe Jahwes, der sich selbst als der „Ich-bin-da“ dem Mose vorstellt. Da sein, anwesend sein, wo Da-sein gefragt und notwendig ist, zeichnet diesen Jahwe-Gott aus. Das sei uns Wegweiser für unsere Existenz. Da sein um der Menschen und des Menschseins willen.

„Denn ich war hungrig und ihr habt mir zu essen gegeben, ich war durstig und ihr habt mir zu trinken gegeben, ich war fremd und ihr habt mich aufgenommen.“ (Matthäus 25,35f.)

Christlicher Auftrag für gesellschaftliche Mitgestaltung

Christliche Praxis zeigt sich im konkreten Tun und Lassen. Entscheidend sind nicht unsere Erfolge im herkömmlich weltlichen Sinn, sondern unser barmherziger Umgang miteinander, um die Verhältnisse zum Menschenfreundlichen zu verändern. Fünf Werke der Barmherzigkeit werden hier genannt, wie sie für Christinnen selbstverständlich sein sollten: Hungrige speisen, Durstigen zu trinken geben, Heimatlose aufnehmen, Nackte kleiden, Kranken oder gar Gefangenen beistehen.

Gottes Maßstab ist die barmherzige Liebe zum Nächsten. Sie soll unser gesellschaftliches Handeln bestimmen. Das ist auch in unserem Wohlstandsland gefragt.

Jesus geht es um eine gemeinschaftliche Praxis derer, die an ein Leben in Fülle für alle glauben. Das „ihr“ wird zentral. Ihr sollt einander die Grundbedürfnisse nach einem heilen und gemeinschaftlichen Leben stillen. Der Weg Jesu beschreibt eine Grundhaltung des Teilens. Teilt euer Essen, euer Wasser, eure Häuser, teilt eure Zeit mit Kranken und Gefangenen, teilt eure Lebenskraft und setzt sie auch für den Nächsten/die Nächste aufs Spiel. Wir haben es in der Hand, wie menschlich es rund um uns zugeht, wem wir das Glas Wasser reichen oder verweigern.

Biblisch geht es um die Utopie einer Welt, in der das Leben gut ist – für alle, in der der eine der anderen hilft, weil sie genausoviel Recht zu leben hat, wie er selbst. Die einzige Chance auf Befreiung ist es, miteinander solidarisch zu werden und zu bleiben. Das gelobte Land liegt noch vor uns und es braucht uns und unser Tun der Tora, des Grundgesetzes der Befreiung, um gemeinsam dorthin zu gelangen. Täglich. ■



Der Weg in die Gleichheit ist noch nicht zu Ende gegangen *oder* Demokratie heute

Über die Demokratie ist viel geschrieben worden. Das zeigt einerseits, wie wichtig das Thema ist, aber auch, wie schwierig es ist, ihm gerecht zu werden. Der Begriff „Demokratie“ kommt aus dem Griechischen und heißt so viel wie „Herrschaft des Volkes“.

Heute ist es so etwas wie ein Sammelbegriff, der zum Ausdruck bringt, dass die Herrschaftsform in einem Land so gestaltet ist, dass das Volk mitbestimmt. Es ist also ein Prinzip, das mehr oder weniger verwirklicht ist bzw. sein kann, und damit nichts Statisches darstellt, sondern etwas, das einem dauernden Wandel unterworfen ist, und somit die große Chance der Demokratie ist.

Wichtige Pfeiler der Demokratie sind sicherlich Werte wie „Freiheit“ und „Gleichheit“, genauso wie die Verwirklichung der Prinzipien der Rechtssicherheit und Rechtsstaatlichkeit aber auch ein Mitwirken der Menschen an Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozessen auf der Basis von Meinungsfreiheit, Pressefreiheit sowie Versammlungsfreiheit unter Verwirklichung der Menschenrechte. Die Gewaltenteilung (= Aufteilung der Staatsgewalt in Legislative, also Gesetzgebung, Exekutive als ausführendes Organ und Judikative als Rechtsprechung) soll gewährleisten, dass eine gegenseitige Kontrolle Machtmissbrauch ausschließt bzw. verringert.

In Artikel 1 des österreichischen Bundesverfassungsgesetzes aus dem Jahr 1920 steht: „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“ Das „Volk“ wählt den Bundespräsidenten/die Bundespräsidentin, den Nationalrat (den Bundesrat wählen die Landtage), die Landtage, die Gemeinderäte und in manchen Bundesländern auch den Bürgermeister/die Bürgermeisterin, diese entscheiden dann bzw. sollten, stellvertretend für das Volk, entscheiden, hier ist das Prinzip der „repräsentativen Demokratie“ verwirklicht. Jemand wird gewählt und soll das Volk repräsentieren.

Außerdem nimmt das Volk Teil an gerichtlichen Entscheidungen durch Schöffen und Geschworene, weiters gibt es noch die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Volksabstimmungen, Volksbegehren und Volksbefragungen. Hier kann prinzipiell direkt Einfluss auf die Gesetzgebung genommen

werden, man spricht von „direkter Demokratie“. Diese Möglichkeiten sind aber teilweise sehr „sperrig“ und lassen daher eine Mitbestimmung nur beschränkt zu. Außerdem ist das Parlament doch in einer sehr starken Position, was noch einmal eine Einschränkung dieser direkten demokratischen Einflussnahme bedeutet. Dennoch ist Österreich eine Demokratie, wo mitbestimmt werden kann, direkt oder indirekt. Das war aber nicht immer so.

Am 12. November 1918 wurde dem Absolutismus, der seit Generationen keine Mitbestimmung zugelassen hatte, sondern nur eine Alleinherrschaft eines Monarchen vorsah, ein Ende bereitet, und die Republik „Deutsch-österreich“ ausgerufen. Das war das Ende der Monarchie, deren Macht aber bereits viel früher zu bröckeln begonnen hatte. Nicht nur in Frankreich wurde Ende des 18. Jahrhunderts der Ruf nach „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ laut, auch in der Habsburgermonarchie wurde im Laufe der Jahre der Wunsch nach Freiheit und Gerechtigkeit immer stärker. Bereits in der Revolution 1848 hatte man den alleinigen Machtanspruch des Kaisers massiv in Frage gestellt und eine Mitbestimmung gefordert. Infolgedessen gab es zwar bereits Zugeständnisse, z. B. die Versammlungsfreiheit 1869, aber beenden konnte man seine Herrschaft damals noch nicht. Erst 1919 gab es eine Wahlrechtsreform und Wahlen zur „konstituierenden Nationalversammlung“, Kaiser Karl wurde des Landes verwiesen, aus „Deutschösterreich“ wurde die „Republik Österreich“.

1933 gab es allerdings eine radikale Zäsur und damit wieder einen großen Rückschritt für die Demokratie, denn, nach Jahren des Versuchs, die demokratischen Zugeständnisse wieder rückgängig zu machen, ge-

lang es Engelbert Dollfuß an die Macht zu kommen und in Folge dessen wieder autoritär zu regieren. Wieder wurden Menschen verfolgt und eingesperrt. 1934 kam es zum Bürgerkrieg mit vielen Opfern. Im Mai 1934 wurde der „Ständestaat“ ausgerufen. Die Nationalsozialisten unternahmen im Juli 1934 einen Putschversuch, der zwar scheiterte, bei dem aber Dollfuß ums Leben kam. Kurt Schuschnigg, der das autoritäre Regieren Dollfuß' fortsetzte, wurde Bundeskanzler, konnte sich aber gegen Adolf Hitler auf Dauer nicht durchsetzen, was 1938 im sogenannten „Anschluss“ gipfelte, nachdem Hitler in Österreich einmarschiert war. Diesem war es im Laufe der Zeit immer mehr gelungen, in Österreich die Macht an sich zu reißen. Mit dem Nationalsozialismus gab es ein totalitäres System in Österreich mit Diskriminierungen,



Denunzierungen, Verfolgungen, Verschleppungen und Ermordungen. Die Demokratie musste weiterhin auf ihre Wiederentdeckung warten, genauer bis 1945. Ab diesem Zeitpunkt gab es wieder Nationalratswahlen und auch Landtagswahlen. Richtig frei wurde Österreich allerdings erst am 15. Mai 1955, wo Leopold Figl seine berühmten Worte verkünden durfte: „Österreich ist frei“. Am 25. Oktober verließ der letzte Besatzungssoldat Österreich und am 26. Oktober wurde im Nationalrat das Neutralitätsgesetz beschlossen.

Die Demokratie konnte aber in Österreich nur deshalb immer mehr Fuß fassen, weil mutige Menschen jahrhun-

dertlang immer wieder dafür gekämpft haben.

Viele Menschen sind gestorben, damit wir heute von einem System profitieren können, von dem Winston Churchill angeblich gesagt haben soll, dass es zwar die schlechteste aller Staatsformen sei, allerdings nur abgesehen von den Staatsformen, die wir schon vorher ausprobiert hätten. Damit brachte er das zum ➔

Ausdruck, was viele heutzutage denken. Die Demokratie hat ohne Zweifel Schwächen, allerdings muss man sich fragen, ob es derzeit schon eine bessere Möglichkeit gibt, den Menschen eine effektive Mitbestimmung zu gewährleisten. Tatsache ist, dass jede Veränderung in der Menschheitsgeschichte Zeit gebraucht hat. Aber auch der Umstand, dass es mutiger Menschen bedurfte, neue Wege einzuschlagen und manchmal auch unbequeme Wahrheiten auszusprechen, auch auf die Gefahr hin sanktioniert zu werden (im schlimmsten Fall mit dem Tod), ist eine Tatsache.

Stillstand?

Leider ist heutzutage so etwas wie ein Stillstand eingetreten. Die Menschen sind zwar unzufrieden und merken, dass „etwas nicht mehr passt“, haben aber den Glauben und den Mut verloren, dass es eigentlich nur in ihrer Macht liegt, Veränderungen hervorzurufen. Vielleicht ist der „Leidensdruck“ heute auch ein anderer und die „Mechanismen der Unterdrückung“ sind subtiler. Der vor kurzem verstorbene Wirtschaftswissenschaftler Kurt Rothschild hat zur „Wirtschaftskrise“ gesagt, dass wir in einem Prozess leben, den wir nicht ganz durchschauen könnten und zwar keine/r von uns. Das kann man sicherlich auch auf das Verständnis von Demokratie ausdehnen. Keiner kann „alles“ durchschauen und deshalb glauben die Menschen, nichts machen zu können. Sie vergessen dabei aber das Wichtigste: Alles, was ist, haben sie geschaffen und nur sie haben Einfluss darauf! Die Demokratie ist die einzige Möglichkeit, „mitzubestimmen“, wenn nicht in einer Demokratie, wo dann?!

Natürlich sind Theorie und Praxis immer Meilen voneinander entfernt. Das kann man beispielsweise auch gut an der Verwirklichung der Gleichstellung von Frau und Mann sehen. Viele gesetzliche Regelungen sollen mittlerweile Frauen unterstützen, verwirklicht ist die Gleichstellung deshalb aber noch nicht einmal ansatzweise. Genau dieses Problem von Theorie und Praxis zeigt sich auch in der Verwirklichung der Demokratie. Im Prinzip haben wir ein

demokratisches System, aber es krankt leider massiv. Bestimmend ist letzten Endes das, was schon seit Jahrhunderten ausschlaggebend war: Egoismus, Machtgier und Profit.

Ist es also gerechtfertigt, wenn Menschen heutzutage den „Kopf in den Sand stecken“, in eine Traum- oder Konsumwelt flüchten?

Verständlich ist es sicherlich, vor allem, wenn man bedenkt, wie viel Geld die Wirtschaft dafür aufwendet, um Menschen das Gefühl zu geben, sie würden nur mit diesen Dingen glücklich werden. Diese Mechanismen zu durchschauen, sich aufzulehnen und gegen Missstände anzugehen, braucht Mut.

Chancen

Wenn Politiker nicht ständig vergessen würden, dass sie dem „Volk“ verpflichtet sind, dann würden sie im Sinne der Gerechtigkeit, der Forderung von Menschen seit Generationen, als ersten Schritt nach ihrer Wahl freiwillig ihre monatlichen Bezüge kürzen. Denn warum sollte ein Politiker so viel mehr verdienen als beispielsweise ein

Tischler oder eine Kellnerin, die auch tagtäglich ihr Bestes geben? Genauso wenig ist es gerecht, dass Frauen noch immer weniger verdienen wie Männer. Diese Gerechtigkeitsfragen zeigen uns die Grenzen der Demokratie auf. Die Demokratie ist gewachsen und wächst immer noch und ist somit weder statisch noch „fertig“. Sie lebt nur durch die Menschen, die sie bestimmen.

Jede/r hat die Möglichkeit, politisch tätig zu sein, zum Beispiel, indem man Vereinen beitrifft, Leserbriefe schreibt, im Internet Missstände anprangert, Politikern schreibt oder mit Menschen spricht und Bewusstseinsbildung betreibt. Und es gibt die Möglichkeit, durch bewusstes Leben und Konsumverhalten etwas zu verändern. So kann jeden Tag Demokratie gelebt werden, denn alleine durch den Umstand, dass wir die Freiheit haben, Produkte, Meinungen oder Gespräche frei zu wählen, verändern wir tagtäglich viel mehr, als uns bewusst ist und damit kommen wir dem Ideal einer Demokratie immer näher. Es liegt in unserer Hand, ob eines Tages das Prinzip der Demokratie voll und ganz verwirklicht sein wird. ■

Filmtipp

Kämpfen für Demokratie

Frauen-Power in Afrika, 105 Minuten, DVD-Video

Als erste afrikanische Frau erhielt Wangari Maathai 2004 den Friedensnobelpreis, und 2006 wurde Ellen Johnson Sirleaf als erste Präsidentin eines afrikanischen Staates vereidigt.

Die beiden Filme der DVD porträtieren zwei selbstbewusste und starke Frauen, die es sich zur Lebensaufgabe gemacht haben, für Gerechtigkeit und Demokratie zu kämpfen. Dabei verschafft der Blick über die Schulter der „Chefin“ Liberias einen einzigartigen Einblick in



die Regierungsarbeit eines von Gewalt gezeichneten Staates. Der mutige und selbstlose Einsatz der Umweltaktivistin und Friedensnobelpreisträgerin Maathai zeigt, wie viel mit unermüdlichem und engagiertem Widerstand bewirkt werden kann. Beide Frauen kämpfen für ihr Land – und verändern damit ein Stück weit auch die Welt.

Mit umfangreichen Begleitmaterialien. ■

Erhältlich im:
Medienverleih der Diözese Linz,
0732/76 10-3883





Wem gehört die Demokratie? Wer darf Politik mitentscheiden und wer darf nur zuschauen?

Im aktuellen Demokratie-Ranking 2010, das die Wiener Democracy Ranking Association erstellt hat, belegt Österreich im weltweiten Vergleich den 11. Rang. 13 EU-Länder befinden sich unter den ersten 20 Ländern dieses Demokratie-Rankings. Nach diesem Demokratie-Ranking scheint mit Demokratie in Österreich und in der EU ja beinahe alles in bester Ordnung zu sein. Woher kommt dann aber der weit verbreitete Frust über Politik in Österreich und in der EU?

Der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch hat für diese vorherrschende Entwicklung den Begriff „**Postdemokratie**“ geprägt. Damit will Colin Crouch umschreiben, dass gewählte PolitikerInnen zunehmend für Interessen einzelner kleiner Gruppen eintreten, statt sich für alle WählerInnen und für das Gemeinwohl einzusetzen. PolitikerInnen handeln zunehmend nicht mehr gesellschaftliche Interessensgegensätze aus, sondern verstehen sich als bloße „Manager von Sachzwängen“ und reagieren nicht mehr auf gesellschaftliche Missstände. In der Bevölkerung breitet sich daraufhin ein Gefühl der Ohnmacht und Verdrossenheit aus und es schwindet zunehmend das Vertrauen in die repräsentative Demokratie von Parlament und Regierung.

Demokratiedefizit: Lobbying-Hochburg Brüssel

Viele denken beim Stichwort „Demokratiedefizit“ zuerst an die EU. Etwa 60 bis 80 % unserer geltenden Gesetze und Vorschriften werden auf EU-Ebene beschlossen. Daher haben die politischen Spielregeln auf EU-Ebene besonderes Gewicht. Wesentliche Ungerechtigkeiten bei der politischen Entscheidungsfindung auf EU-Ebene bestehen auch nach dem Lissabon-Vertrag weiterhin fort. Lobbyisten spielen in der EU-Politik unverändert eine zentrale Rolle. Aufgabe von Lobbyisten ist es, Politik für die Interessen ihrer Auftraggeber, zumeist kapitalstarke Unternehmen, zu beeinflussen. Die enorm hohen Kosten für Lobbying bewirken massive Chancen-Ungerechtigkeiten. Viele Interessen, die in der europäischen Bevölkerung bestehen, können sich eine wirksame Vertretung durch Lobbyisten nicht leisten. Für den Banken- und Finanzbereich fehlt überhaupt eine Gegenmacht zur Lob-

bing-Macht der Banken. Im Sommer 2010 hatten EU-ParlamentarierInnen auf diese Einseitigkeit durch die geballte Einflussnahme der Banken-Lobby lautstark aufmerksam gemacht.

Die Schieflage durch Lobbying wird durch ein weiteres Demokratiedefizit potenziert. Auf EU-Ebene verfügt die EU-Kommission über ein Initiativmonopol. Einzig die EU-Kommission kann daher einen EU-Gesetzgebungsprozess starten. Die Problematik dieses Initiativmonopols zeigt sich anschaulich an der Finanztransaktionssteuer (FTS), die gefährliche Spekulation durch eine geringe Steuer eindämmen würde. Im Interesse von Banken und Spekulationsprofiteuren vertritt die EU-Kommission jedoch, dass eine FTS mit der Kapitalbewegungsfreiheit der EU nicht vereinbar ist. Mit ihrem Initiativmonopol blockiert die EU-Kommission die Einführung der FTS, die im Interesse der überwiegenden Bevölkerung wäre.

Demokratiedefizit: Durchwink-Parlament

Es wäre völlig falsch, bei der Suche nach Demokratiedefiziten mit den Blicken nur



ins ferne Brüssel zu schweifen. Zwar schreibt unsere österreichische Verfassung eine Gewaltentrennung zwischen Regierung und Parlament vor. Aufgabe

des Parlaments ist es demnach, die Macht der Regierung zu begrenzen. Die Realverfassung sieht jedoch vielfach anders aus: Regierungsvorlagen werden von der Parlamentsmehrheit durch das Parlament „durchgewunken“. Die Oppositionsrechte sind angesichts dieses systematischen Zusammenspiels von Regierung und Parlamentsmehrheit zu bescheiden.

Laut Verfassung verfügen die ParlamentarierInnen über ein „freies Mandat“. In der Realverfassung sind sie jedoch dem Klubzwang unterworfen. Aufgrund finanzieller und karrieremäßiger Abhängigkeiten von den Parteizentralen wird aus dem „freien Mandat“ der Verfassung eine „Meinungsknechtschaft“ der Realverfassung. Dazu kommt, dass Parteien aufgrund der Eigeninteressen der Politikklasse zunehmend zu behäbigen Kolossen erstarren, die mit den gesellschaftlichen Entwicklungen nicht mehr mithalten können. Mitentscheidung durch die Bevölkerung wird von vielen ParteipolitikerInnen als störend empfunden, anstatt in Partizipation der Bevölkerung eine Hauptaufgabe und eine Chance wahrzunehmen.

Demokratiedefizit: politisches Desinteresse

Demokratie lebt davon, dass sich BürgerInnen in ihre eigenen Angelegenheiten einmischen, vor allem dann, wenn das politische Spiel von Wahl und Abwahl, von Gewaltentrennung und Kontrolle nicht mehr so funktioniert wie es sollte. Wenn sich die Bevölkerung hingegen nicht in ihre eigenen Angelegenheiten einmischt, braucht sich niemand wundern, wenn die PolitikerInnen machen, was ihnen von Parteizentralen und Lobbyisten eingeflüstert wird, statt sich für die wirklichen Interessen ihrer WählerInnen einzusetzen. Es besteht ein sich verstärkender negativer Kreislauf von politischem Desinteresse der Bevölkerung und einer Politik, die gegen die Interessen großer Teile der Bevölkerung gerichtet ist und daher gar kein Interesse an politischem Engagement der Bevölkerung haben kann. Wie kann dieser Kreislauf aber durchbrochen werden? ➔

Demokratieförderung: Direkte Demokratie „von unten“

mehr demokratie! – die parteiunabhängige Initiative für eine Stärkung direkter Demokratie, fordert ein wirksames Konzept gegen politische Unzufriedenheit und Verdrossenheit: Stärkung der direkten Demokratie durch Volksabstimmungen, die die Bevölkerung selber initiieren kann.

**Wer sich nicht bewegt, spürt
seine Fesseln nicht!**

Rosa Luxemburg

Die Bevölkerung muss die Möglichkeit haben, die Entscheidungsbefugnis, die sie durch Wahl an Parlament und Regierung delegiert hat, wieder an sich zu ziehen, wenn sie sich durch Parlament und Regierung nicht ausreichend vertreten fühlt. Eine Veto-Volksabstimmung gegen Gesetzesentwürfe sowie eine Initiativ-Volksabstimmung über Themen, die nicht auf die offizielle Agenda gelangen, muss immer möglich sein. Schon die bloße Möglichkeit führt zu einer Verbesserung der Politik, weil aufgrund möglicher Volksabstimmungen die Interessen der Bevölkerung schon vorausschauend berücksichtigt werden.

Unsere Forderung nach einer Stärkung direkter Demokratie wird durch die Ergebnisse einer aktuellen Umfrage des Magazins Reader's Digest unterstützt. Diese Umfrage zeigt auf, dass die Zufriedenheit mit Politik in der Schweiz mit ihrer starken direkt-demokratischen Tradition etwa doppelt so hoch ist wie in Österreich bzw. Deutschland, wo keine wirksamen Möglichkeiten der BürgerInnenmitentscheidung bestehen. 67 % der SchweizerInnen sind mit ihrem politischen System zufrieden, was aber nur 34 % der ÖsterreicherInnen und 29 % der Deutschen behaupten. ■

Informationen zur parteiunabhängigen Initiative *mehr demokratie!*
unter: <http://mehr-demokratie.at>

Aktuell:

Europäische Bürgerinitiative ohne Identitätsnummer (ID-Nr.)!

Österreichische Bundesregierung will Europäische Bürgerinitiative bürokratisch erschweren

Die Europäische Bürgerinitiative schafft erstmals auf übernationaler Ebene das direkt-demokratische Instrument. Mit 1.000.000 Unterstützungserklärungen aus mindestens einem Viertel der EU-Staaten kann die EU-Kommission zu Aktivitäten aufgefordert werden.

Die Überprüfung der Unterschriften wird den einzelnen EU-Staaten überlassen. Viele EU-Staaten, unter anderem Deutschland und Großbritannien, haben sich dafür entschieden, keine ID-Nr. zu verlangen. Die österreichische Bundesregierung hingegen beabsichtigt, dass für eine gültige Unterstützung einer Europäischen Bürgerinitiative die ID-Nr. (Reisepass-Nummer oder Personalausweis-Nummer) angegeben werden muss.

mehr demokratie! lehnt dieses Erfordernis entschieden ab, weil dadurch die Pra-

xistauglichkeit dieses direkt-demokratischen Instruments ganz entscheidend beeinträchtigt wird.

mehr demokratie! fordert daher die Bundesregierung und das Parlament auf, auf das Erfordernis einer ID-Nr. bei der Unterschriftensammlung der EBI zu verzichten und sich mit einer Stichprobenüberprüfung der Unterstützungserklärungen der EBI zu begnügen. ■

Weitere Infos zur Kampagne: www.mehr-demokratie.at

**Erkläre mir und ich werde vergessen.
Zeige mir und ich werde mich erinnern.
Beteilige mich und ich werde verstehen.**
Konfuzius

Konsumententipp

Rückerstattung der Kapitalertragsteuer

Immer wieder wird darauf hingewiesen, dass selbst kleine Zinserträge der KEST unterliegen. Es ist jedoch seitens des Finanzministeriums eine Rückerstattung vorgesehen.

Steuerpflichtige Kapitaleinkünfte, wie zum Beispiel Spareinlagen, Bausparguthaben, Zinsen aus Forderungswertpapieren, Erträge aus Aktien ... sind mit der Kapitalertragsteuer (KESt) endbesteuert.

Das Einkommensteuergesetz sieht allerdings vor, dass man unter gewissen Umständen eine Rückerstattung der Kapitalertragsteuer beantragen kann.

Dies trifft dann zu, wenn man im betreffenden Kalenderjahr keine oder nur geringe Einkünfte hatte (die Grenze liegt bei 11.000,00 Euro) und nicht lohnsteuerpflichtig war. Man kann dies beim Finanzamt mit dem Formular „E3“ (zu finden auch auf der Homepage des Finanzministeriums: www.bmf.gv.at) beantragen. ■

Josef Kohlbauer



Mitgestalten statt geschehen lassen

„Die Demokratie ist eine schlechte Staatsform, aber wir haben keine bessere.“ – So lautet die Erkenntnis, die angeblich auf Winston Churchill zurückgeht. Dass Demokratie immer wieder ein Bemühen darstellt, ist nicht zu übersehen. Und dass wir derzeit in einer Krise der Demokratie sind, ist auch nicht zu leugnen.

Einerseits sind PolitikerInnen darauf ausgerichtet, die nächste Wahl zu gewinnen. Daher sind ihre Handlungsmöglichkeiten sehr eingeschränkt. Ich erlebe immer wieder, dass PolitikerInnen auch Visionen haben. Andererseits lassen sich diese oft nicht „verkaufen“. Würde etwa ein/e PolitikerIn sagen, dass es sinnvoller wäre, wenn der Benzinpreis auf 4,00 Euro kletterte, damit im Energiebereich ein Umdenken stattfindet, wäre er/sie nicht mehr lange PolitikerIn. PolitikerInnen stehen unter dem Druck, nicht alles sagen zu können, weil das schlecht ankommt. Dass dann viele den leichteren Weg gehen und das sagen, was die Leute hören wollen, ist ihnen wohl nicht zu verdenken. Bei den Wahlen entscheiden WählerInnen meist nicht aufgrund sachlicher Argumente, sondern dann, wenn es einer Partei gelingt, jene Bedürfnisse eher anzusprechen, die die Menschen unbewusst leiten. Entscheidungen werden selten mit dem Verstand sondern meist mit dem Gefühl getroffen.

In den 1970er- und 1980er-Jahren gingen wir auf die Straße, um gegen (amerikanische) Firmen zu demonstrieren, die in Lateinamerika die Politik bestimmt haben. Heute haben wir bei uns ganz ähnliche Strukturen. Auch bei uns wird die Politik zu einem guten Teil in den Vorstandsetagen von Unternehmen bestimmt.

Demokratie funktioniert nur mit guten Leuten

Ein weiteres Problem sehe ich darin, dass Entscheidungen „oben“ getroffen werden und dann den BürgerInnen „unten“ verkauft werden sollen. In einer guten Demokratie müsste der Weg aber umgekehrt sein. Dazu braucht es aber mündige BürgerInnen, die bereit sind, sich zu engagieren. Ich erlebe aber immer wieder, 1. dass gute Leute sich nicht engagieren, weil

ihnen die Entscheidungsprozesse zu mühsam sind, 2. sie durch die Arbeit in einem Betrieb so ausgepowert sind, dass für ein gesellschaftliches Engagement keine Zeit und Energie mehr bleibt. Demokratie funktioniert aber nur, wenn sich die besten Leute engagieren. Ansonsten besteht die Gefahr, dass Nieten die Politik bestimmen. Das ist dann zum Schaden aller.

Demokratisches Engagement als mein (langer) Weg

Mein politisches Bewusstsein entstand in der 1968er-Bewegung. Damals kam ich in Kontakt mit Menschen aus der KAB und KAJ, die mich entscheidend geprägt haben. In dieser Zeit entstanden auch die Friedensbewegung, die Ökologie-Bewegung, die Frauen gingen auf die Straße, der Kampf um die Menschenrechte erhielt wichtige Impulse, etwa durch die Gründung von Amnesty International ... Es war damals eigentlich selbstverständlich für mich, all diese Bewegungen zu unterstützen oder gar aktiv mitzutun, was bis heute anhält. Vor einigen Jahren habe ich mir einen Auszug aus meinem Akt des Innenministeriums zusenden lassen. Ich war überrascht, als ich gelesen habe, wo ich überall dabei war und was von der Staatspolizei alles dokumentiert worden ist. Das kann natürlich schon zum Problem werden in unserer so überwachten Gesellschaft: Engagement wird dokumentiert und kann in die falschen Hände geraten.

Engagement in Bürgerinitiativen und NGOs

Eine konkrete Möglichkeit für ein Engagement sehe ich in den Bürgerinitiativen oder NGOs (Non Government Organisations),

wenn man sich in der etablierten (Partei-) Politik nicht engagieren will. Gerade in den letzten 20 Jahren des vorigen Jahrhunderts haben Bürgerinitiativen einen großen Zulauf vor allem junger Menschen erfahren. Ich erinnere z. B. an die Demonstrationen in der Hainburger Au, die die Zerstörung einer einmaligen Flusslandschaft verhindert haben. Die Konfrontation mit PolitikerInnen war damals wichtig. So ist es auch heute noch. Ich denke, dass sich PolitikerInnen ohnedies zu wenig mit den BürgerInnen, für die sie da sind und von denen sie einen Auftrag haben, auseinandersetzen müssen. NGOs wie Attac, Amnesty, Greenpeace, Transition usw. haben daher eine große Bedeutung. Viele agieren inzwischen weltweit, was ich als Fortschritt betrachte. Bürgerinitiativen, wie sie in Deutschland mit der Anti-Atom-Bewegung und Stuttgart 21 sichtbar werden, sind nach wie vor wichtige demokratische Einrichtungen und sollten eigentlich öfter genutzt werden.

Demokratisierung im wirklichen Sinn bedeutet, dass alle Gesellschaftsbereiche davon erfasst werden.

Peter Filzmaier

Diese Bewegungen zeigen, dass Engagement durchaus Sinn macht, weil die Erfolge oft erstaunlich sind. Wie etwa die Finanzkonzepte von Attac beweisen, die vor Jahren noch belächelt worden sind und inzwischen von der etablierten Politik zumindest ernsthaft diskutiert werden. Oder ich erinnere an die oft beeindruckenden Aktionen von Greenpeace, die manchmal weltweites Umdenken gebracht haben, wie etwa die Stigmatisierung des Robben-Abschlachtens. Ein weiteres Beispiel ist die Präzision, die z. B. Rotes Kreuz und Caritas entwickelt haben, wenn es darum geht, in Krisengebieten und bei Katastrophen schnell und effektiv Ersthilfe zu leisten. Natürlich sind Bürgerinitiativen ➔



**Bernhard
Rudinger,
KA-General-
sekretär OÖ,
Wartberg/Aist**

und NGOs für mächtige PolitikerInnen oft unangenehm.

Aber wir haben die PolitikerInnen ja nicht gewählt, damit sie sich ein angenehmes Leben machen können. Es ist Aufgabe der Politik, das Zusammenleben aller zu ermöglichen und unterschiedliche Interessen so auszugleichen, dass alle damit leben können. Das ist selbstverständlich mühsam und anstrengend.

Engagement in der etablierten Parteipolitik

All das Geschriebene bedeutet nicht, dass man um die bestehende Parteipolitik herumkommt. Ich erinnere z. B. an den Sozialismus, der eine Bewegung für soziale Gerechtigkeit war und in allen Ländern der Welt inzwischen parteilich organisiert ist. Oder etwa an die Parteien der Grünen, die auch aus einer Umwelt-Bewegung entstanden sind. Ich glaube, dass sich für viele Bewegungen irgendwann die Frage stellt, in der politischen Landschaft Gestaltung und damit Macht zu übernehmen.

Auch ich bin nach jahrelangem politischem Engagement außerhalb der Parteien zu dem Ergebnis gekommen, mich im Rahmen der etablierten Politik einzubringen, weil ich erkannt habe, dass die Möglichkeiten, etwas konkret umzusetzen, für mich größer sind – gerade in der Gemeindepolitik. Etablierte Parteien brauchen zudem ohnedies Leute, die nicht kuschen, sondern den Mund aufmachen, wenn Fehlentwicklungen einsetzen.

Engagement in der SPÖ

Ich habe mich für die SPÖ entschieden, weil sie meinem Menschen- und Gesellschaftsbild, das durch die christlichen Grundwerte Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung geprägt ist, am ehesten durch die sozialistischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit,

Gleichheit und Solidarität nahe kommt. Ich engagiere mich in der SPÖ, nicht obwohl, sondern weil ich Christ bin.

Ich erlebe die SPÖ oft mühsam und schwierig. Ich frage mich manchmal, ob die Entscheidung richtig war. Vor allem, wenn ich sehe, dass die Grundwerte verleugnet werden und Entscheidungen ganz anders laufen, als sie eigentlich sollten, wenn man diese Werte ernst nimmt. Wie etwa die jüngst beschlossene Steuerreform, die meiner Ansicht nach alles andere als sozial ausgewogen ist und die Falschen stärker trifft. Ich erlebe aber auch, dass es um mich herum Leute in der Partei gibt, die damit ebenso unglücklich sind und eine Änderung wollen. Und das lässt mich doch hoffen. Irgendwann ist mir klar geworden, dass jeder Mensch, der eine Überzeugung hat, oft genug daran zweifelt, sie auch oft durch sein Verhalten verleugnet, aber manchmal radikal danach lebt. Das gilt auch für Parteien.

Engagement in der Gemeindepolitik

Ich habe mich für die Gemeindepolitik entschieden, weil ich da in einem überschaubaren Bereich wirken kann und Erfolge oder Misserfolge schneller sichtbar sind. Außerdem braucht man in der Gemeindepolitik nicht unbedingt Entscheidungen der Bundes- oder Landespolitik mitzutragen. Ich bin seit der letzten Wahl 2009 Gemeinderat in Hellmonsödt und versuche also, meine gesellschaftlichen Vorstellungen – zusammen mit anderen, die diese Vorstellungen grundsätzlich teilen – zu verwirklichen. Das ist oft genug mühsam und beschwerlich, weil alle möglichen Einflüsse auf Gemeinden bestehen. Es ist aber für mich spannend und befriedigend, daran mitzuarbeiten, die Bedingungen für ein vernünftiges und gutes Zusammenleben im Ort zu schaffen. ■

Mehrheitsentscheidungen?!

„Wo kamat ma hi, waumma d'Leit frogat, wos s' woin, und net tat, wos richtig is!“, soll seinerzeit Bundeskanzler Julius Raab einmal gesagt haben.

Man kann so eine Haltung als arrogante Missachtung der politischen Kompetenz der einzelnen BürgerInnen anprangern. Man kann aber auch einen Funken Wahrheit in diesem Satz entdecken: Niemand – auch kein/e politische/r Verantwortungs-trägerIn – darf sich einzig und allein nach Mehrheitsmeinungen richten. Aus unserer Geschichte wissen wir, dass sich auch Mehrheiten irren können.

Die Demokratie ist die schlechteste aller Staatsformen, außer alle anderen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind.

Winston Churchill

Wenn ich an Diskussionen denke, die an manchen Wirtshaustischen geführt werden, möchte ich mir nicht vorstellen, wie Volksentscheide zum Umgang mit gesellschaftlichen Minderheiten wie Arbeitslosen, Drogenkranken, gleichgeschlechtlich orientierten Menschen, AsylwerberInnen usw. ausfallen würden.

Wer demokratisch denken und handeln will, muss neben dem Mehrheitsprinzip auch das Prinzip des Minderheitenschutzes anerkennen. Niemandem bleibt es erspart, sich der nüchternen Sach- und Gewissensfrage nach der Richtigkeit und Auswirkung einer Entscheidung zu stellen. Für ChristInnen bedeutet das im Sinne des Evangeliums wohl öfters auch, mit einem Blick auf die jeweils Schwächeren und Benachteiligten zu argumentieren, weil ihre Anliegen und Forderungen meist nicht mehrheitsfähig sind. ■



Daheim in meiner Gemeinde Demokratie wagen

Während neuere zivilgesellschaftliche Initiativen wie ATTAC auf ein breites Netz von ehrenamtlichen AktivistInnen aufbauen können, leiden andere Organisationen darunter, dass immer weniger Menschen bereit sind, sich in klassischer Weise zu engagieren.

Diese Krise ehrenamtlicher Tätigkeiten betrifft auch die Politik im Gesamten und die Mitarbeit in Parteien im Besonderen. Demokratie lebt aber von Beteiligung. Wenn sich immer weniger Menschen für Politik und das gesellschaftliche Umfeld, in dem sie leben, interessieren, stärkt das einerseits herrschende – oft wenig demokratische Strukturen – andererseits trägt es zum Aufstieg rechter – im Kern oft antidemokratischer – Parteien bei. Im folgenden Beitrag versuchen wir „Demokratie und Beteiligung auf Gemeindeebene“ aus unserer langjährigen Erfahrung als Gemeinderat bzw. -rätin zu analysieren.

Die Gemeindeebene ist jene, von deren Entscheidungen Bürgerinnen und Bürger am unmittelbarsten betroffen sind. Politik ist hier angreifbar, weil man PolitikerInnen – zumindest in kleineren Gemeinden und Städten – nicht nur aus den Medien, sondern auch persönlich kennt und weil politische Entscheidungen (oft aber nicht generell) weniger komplex sind, als auf Landes-, Bundes- oder EU-Ebene.

Theorie und Praxis

In der Theorie wäre es daher möglich, die Betroffenen direkt in Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen und damit die repräsentative durch direkte Demokratie zu ergänzen. Warum passiert das nur in „Vorzeigegemeinden“?

Gerade die oberösterreichische Gemeindeordnung gibt den direkt gewählten BürgermeisterInnen eine ganz starke Stellung. Der/die BürgermeisterIn ist Chef/in des Amtes, der Baubehörde, hat budgetäre Vollmachten und ist das Sprachrohr der Gemeinde nach außen. Das führt dazu, dass eine Politik (auch wenn es dafür eine Mehrheit im Gemeinderat gibt) gegen den/die BürgermeisterIn kaum durchzusetzen ist. Die Direktwahl hat auch dazu geführt, dass BürgermeisterInnen ihre Entscheidungen immer stärker nach Mehrheiten, oder was sie dafür halten ausrichten, oder

es jedem und jeder recht machen wollen und damit auch keine wirklich innovative Politik vor allem in den Bereichen Umwelt,



Verkehr, Soziales und Integration möglich ist. Aber nicht nur die BürgermeisterInnen sind ein Hemmschuh für direkte Demokratie, auch Parteien sträuben sich oft dagegen, weil sie Machtverlust befürchten.

Beteiligung fördern

Was wäre förderlich, damit sich mehr Menschen auf Gemeindeebene engagieren?

- 1. Beteiligung braucht Verbindlichkeit:** Bei Beteiligungsmodellen, z. B. Gestaltung von Spielplätzen, Schulgebäuden, öffentlichen Plätzen, ist es notwendig, dass es einen konkreten Zeitplan und Geld für die Umsetzung gibt. Viele Jugendbeteiligungsmodelle sind gescheitert, weil die Umsetzung immer

wieder verschoben wurde. Wenn dann endlich gebaut und gestaltet wurde, waren die Jugendlichen schon keine Jugendlichen mehr und hatten andere Interessen.

2. Beteiligung braucht Persönlichkeiten:

Gemeindepolitik braucht an der Spitze Persönlichkeiten, aber keine OberlehrerInnen. D. h. PolitikerInnen, die es aushalten, nicht immer im Rampenlicht zu stehen, andere Meinungen und Vorschläge zuzulassen und auch etwas umzusetzen, was nicht von einem selbst oder der eigenen Fraktion kommt.

3. Beteiligung braucht externe Begleitung:

Beteiligungsmodelle funktionieren nicht, wenn die Entscheider (PolitikerInnen) gleichzeitig auch ModeratorInnen sind. Daher ist es notwendig, sich für Beteiligungsprojekte externe BeraterInnen zu leisten.

4. Beteiligung braucht langen Atem:

Demokratie ist auch mühsam. Beteiligungsmodelle brauchen Zeit für Diskussion, Exkursionen zu bereits realisierten Projekten, fachliche Inputs etc. Die Zeit ist allerdings gut investiert, wenn sich die Beteiligten gut mit dem Projekt identifizieren. ■

Stefan Hindinger ist Verkehrsstadtrat und Leiter der Wohnungslosenhilfe Mosaik in Vöcklabruck. **Claudia Hössinger** ist Ersatzgemeinderätin, Mitarbeiterin der Grünen Bildungswerkstatt OÖ und Krisenpflegemutter.



Wertekatalog der KAB St. Pölten.
Infos unter: kab.ka.stpoelten@kirche.at

Demokratie

„... Die Demokratie sollte nicht nur als Staatsform überall in der Welt verwirklicht werden, sondern auch Einzug halten in alle Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens wie Ehe, Betrieb, Schule und auch Kirche. In der Ehe heißt Demokratie nicht patriarchalische sondern partnerschaftliche Ehe. Im Betrieb heißt Demokratie mehr Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen-VertreterInnen ...“



Kurt Rohrhofer,
Pensionist, Linz

Demokratie weltweit

Ein Ranking über Demokratie in 100 Staaten

Die US-Organisation „Freedom House“ und der Human Development Index der UNO erheben alle paar Jahre in 100 Ländern der Welt, wie es um die Demokratie in diesen Ländern bestellt ist.

Der Politikwissenschaftler David Cappel an der Fakultät für Internationale Forschung an der Universität Klagenfurt hat unter Berücksichtigung verschiedener Indices ein globales Demokratie-Ranking erstellt.

Die großen Sieger sind die skandinavischen Länder, Österreich liegt mit 79,3 von 100 erreichbaren Punkten auf dem 11. Platz im Durchschnitt. Norwegen steht mit 89,3 Punkten an erster Stelle, gefolgt von Schweden und Finnland. Dann kommt schon die Schweiz. Als einziger nichteuropäischer Staat schaffte Neuseeland einen Platz unter den Top Ten. Sieben dieser Top-Ten-Staaten sind EU-Mitglieder. Am Ende der Rangfolge findet sich knapp hinter der Zentralafrikanischen Republik Äthiopien mit 25,6 Punkten.

Zur Erstellung dieses Rankings werden ver-

schiedene Kriterien herangezogen: Außer der politischen Dimension werden die wirtschaftliche Performance des Staates sowie der Zugang zu Gesundheit und Bildung gemessen. Schließlich geht es noch um die Faktoren Umwelt und Gleichberechtigung. Österreich ist also im „Democracy Ranking“ nicht unter den ersten zehn. Am besten schneidet Österreich bei Wirtschaft und Gesundheit ab (Rang 11), weniger gut bei Bildung (Rang 18) und Politik (Rang 15). Noch schlechter steht Österreich bei der Gleichstellung von Mann und Frau, wo unser

Land nur den 21. Platz belegt. Da liegt sogar Singapur weit vor Österreich.

Die nordischen Länder haben bereits eine

beachtliche Demokratiequalität erreicht, Deutschland gilt als Modellfall, wie sich Demokratie qualitativ entwickeln kann. Österreich hat noch einiges aufzuholen, um im weltweiten Demokratie-Ranking nach vorne zu rücken. Dass Demokratien aus Schwellenländern deutlich besser abschneiden als „traditionell westliche“ Demokratien, sieht man an Südkorea (Bildung Rang 6), Singapur (Gleichberechtigung), Israel (Bildung Rang 4) und Kuwait (Wirtschaft Rang 2). ■

Demokratie-Index: Gleichberechtigung

Rang 2008/09 und
Veränderung zu 2005/06

1. Norwegen	0	▲
2. Finnland	0	▲
3. Australien	0	▲
4. Dänemark	+2	▲
5. Neuseeland	0	▲
8. Frankreich	0	▲
9. Niederlande	+7	▲
11. USA	-2	▼
15. Großbritannien	-5	▼
17. Deutschland	+5	▲
21. Österreich	+2	▲
25. Italien	+2	▲
33. Russland	-2	▼
48. Serbien	+11	▲

QUELLE: Global Democracy Ranking
GRAFIK: „Die Presse“ (GK)

Ranking unter:

www.democracyranking.org/

Wertewandel

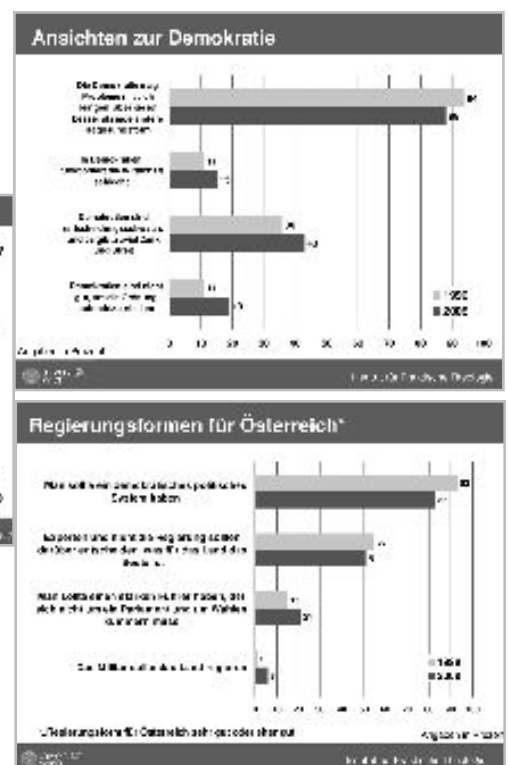
Mit der Europäische Wertestudie wird traditionell der Wandel der Einstellungen der BürgerInnen in ganz Europa untersucht, und zwar in Zeitabständen von rund zehn Jahren.

Die Erhebung gliedert sich in vier Themenbereiche: Religion/Ethik, Politik, Arbeit und Beziehung/Familie. Die Ergebnisse der Studie deuten die Herausgeber „als ernsthaftes Krisensignal für die österreichische Demokratie“. Die AutorInnen der dritten Wertestudie in Österreich urteilen wie folgt: Die Europäische Wertestudie 2008 hat für den österreichischen Kontext klare Ergebnisse zutage gefördert: Das Interesse an Politik ist im Sinken begriffen, das Vertrauen in die Demokratie ist teilweise erschüttert, lange etablierte und zentrale Institutionen der Republik sind mit einem teils massiven Vertrauensverlust konfrontiert und in Ansätzen ertönt sogar der Ruf nach einem/einer starken Mann/Frau. Die ausgewählten Grafiken zeigen Ansichten zur Demokratie von 1999 und 2008 im Vergleich.

Elisabeth Zarzer



Friesl, C./Polak, R./Hammachers-Zuba, U. (Hg.) (2009): **Die Österreicherinnen Wertewandel 1990-2008**, Wien, Czernin Verlag, ISBN: 978-3-7076-0295-1, ca. 325 Seiten





Lernfelder der politischen Erwachsenenbildung

„Die Demokratie setzt die Vernunft des Volkes voraus, die sie erst hervorbringen soll.“ Dieses Zitat des Philosophen Karl Jaspers beschreibt auch das Spannungsfeld, in dem die politische Bildung anzusetzen hat.

Was aber kennzeichnet politische Bildung? Ohne Zweifel ist jede Bildung politisch, kann sie doch niemals außerhalb eines politischen (oder sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen usw.) Kontextes stattfinden. Das nachdrückliche Adjektiv „politisch“ besagt aber mehr: Das Politische bildet den Gegenstand der politischen Bildung. Freilich zeigt sich das Politische immer in Gestalt von etwas: in der sozialen Differenz, Umwelt, Globalisierung oder in den Institutionen. Es gibt nicht den einen Ort des Politischen. Nichts ist an sich politisch, wie dies der weitverbreitete Spruch „Alles ist politisch!“ nahelegen will. Aber alles kann politisch werden. Ein Mathematik-Unterricht kann politisch gestaltet

zur Demokratie. In diesen Konzepten wird Demokratie zudem immer wieder als bloßer Gegensatz der Diktatur vereinfacht und verklärt. Politische Bildung hat jedoch die Aufgabe, den politischen Gehalt der demokratischen Prozesse auszuloten, Demokratie somit kritisierbar und als eine offene Form des politisch Möglichen begreifbar zu machen.

Anders als in der schulischen politischen Bildung wird politische Erwachsenenbildung durch das Faktum der unterschiedlichen Trägereinrichtungen sowie der politisch und sozial heterogenen Zielgruppen gekennzeichnet. Die damit einhergehende Pluralität der Inhalte, Ziele und Kontexte kann sogar zu einer Maxime erhoben werden. Jedoch erschwert eine solche Vielfalt die eindeutige Definition der thematischen Felder außerschulischer politischer Bildung.

Ein naheliegender Ausweg aus diesem Dilemma wäre: Methodenvermittlung groß zu schreiben.

Denn egal, um welche Art von politischer Erwachsenenbildung es sich handeln mag: ob gewerkschaftliche Schulung für Betriebsrätinnen und Betriebsräte oder Volkshochschulkurse, ob Lehrgänge konfessioneller Bildungswerke oder Seminare in regionalen Einrichtungen – Vermittlung braucht überall TrainerInnen, Lehrende, KursleiterInnen, ReferentInnen. Diese wiederum brauchen Methoden der Vermittlung.

Nichtsdestoweniger bleibt aber auch die Frage weiter bestehen, welche Inhalte und Lernfelder politische Bildung einschließt. Daher besteht großer Bedarf an einem in unterschiedlichen Lernarrangements verwendbaren Basiswissen (nebst methodischen Grundlagen) politischer Erwachsenenbildung. Der oben beschriebene Ansatz, der politische Bildung nicht als eine statische Vermittlung bestehender Demokratie-Praxis, sondern als eine Auslotung des Politischen im Sinne eines

nicht abschließbaren Prozesses betrachtet – dieser Ansatz also kann hier auch zur Bestimmung der Inhalte und Lernfelder der politischen Bildung herangezogen werden. Neben aktuellen „politisierten“ Feldern wie etwa globaler Gerechtigkeit, Umwelt oder Migration (allesamt Themen, die im Zusammenhang mit sozialen Bewegungen stehen) sind „alterwürdige“ thematische Bereiche wie die politische Ökonomie oder Zeitgeschichte zweifelsohne von großer Relevanz für die politische Erwachsenenbildung.

Politische Bildung ist mehr als bestehende Demokratie-Praxis vermitteln

Um diese Lernfelder in einem systematischen Zusammenhang zugänglich und zugleich erlebbar zu machen, hat die Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung (ÖGPB) das Weiterbildungsangebot „Basics – Inhalte und Methoden der politischen Erwachsenenbildung“ entwickelt. In einer MultiplikatorInnen-Mappe wurden Themen, Daten, Methodenbeschreibungen, Übungsanleitungen und vor allem aktuelle Inhalte in leicht verständlichen Texten systematisch zusammengestellt und durch eine Sammlung von Links, Hör Tipps und Literaturvorschlägen angereichert. Eine umfassende digitale Datenbank mit dem gesamten Material bildet hierfür den Hintergrund. Im Rahmen eines mehrtägigen Workshops, der sich an ErwachsenenbildnerInnen, TrainerInnen, KursleiterInnen, kurz: an MultiplikatorInnen richtet, werden gemeinsam die in der Mappe enthaltenen Methoden erprobt, Inhalte besprochen und Vermittlungsmöglichkeiten reflektiert.

Mag.a Rahel Baumgartner und Dr. Hakan Gürses sind wissenschaftliche MitarbeiterInnen der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung. Aktuelle Termine des Bildungsangebots „Basics“ sind auf der Webseite der ÖGPB zu finden: <http://www.politischebildung.at/oegpb/bildungsangebot/basics>



werden, indem etwa das reflektierende Gespräch über die Prozedur der Machtverhältnisse zwischen Minderheiten und Mehrheit oder auf die Verteilung der Güter gelenkt wird. Hingegen kann eine Unterrichtseinheit zur politischen Bildung – überspitzt formuliert – vollkommen „unpolitisch“ daherkommen, wenn beispielsweise die/der Lehrende die Anzahl der Parlamentssitze für eine wesentlichere Frage hält als jene nach dem Gender-Verhältnis im Parlament.

Demokratische Prozesse ausloten

So betrachtet greift auch die in den letzten Jahren kursierende Neudefinition der politischen Bildung als „Demokratieerziehung“ oder als „Demokratie lernen“ zu kurz. Politische Bildung ist mehr als reines Verstehen der Demokratie und Erziehen

IMPULS

Demokratie und Kompromiss?

Hans Kelsen, der Verfasser der österreichischen Verfassung sagt zum Thema Demokratie: „Zurückstellen dessen, was die zu Verbindenden trennt, zugunsten dessen, was sie verbindet. Jeder Tausch, jeder Vertrag ist ein Kompromiss, denn Kompromiss bedeutet: sich vertragen.“

Der Kompromiss unterscheidet die Demokratie von der Alleinherrschaft.

Ist Demokratie tatsächlich Kompromiss, wo doch gerade heute das Wort Kompromiss derart negativ besetzt ist? Es steht für mauscheln, oft für Stillstand oder Blockaden, aber auch für Laschheit und Bequemlichkeit, den Weg des geringsten Widerstands gehen.

Was bewegte die Frauen und Männer der ersten Tage unserer Demokratie, um es mit Kompromiss zu beschreiben?

Ist vielleicht Demokratie (Kompromiss) die Erkenntnis, dass ich die Weisheit dieser Welt nicht für mich alleine gepachtet habe, sondern die Achtung vor der Würde des Menschen überwiegt und ich Respekt vor der Meinung anderer habe?

Oder ist es das Überwinden von Schwarz-Weiß- bzw. Richtig-oder-Falsch-Denken, das Suchen nach dem, was uns verbindet, das Achten auf die Bedürfnisse anderer? Es könnte aber auch bedeuten, das was politisch anders Denkende tun, nicht automatisch schlecht zu reden. Vielleicht zugehen statt zuhauen?

Es sind die von uns gelebten

Werte, die mitentscheiden, wohin uns unsere Demokratie führt und wie wir einer Verdrossenheit entgegenzutreten.

Und noch etwas möchte ich zum Nachdenken mitgeben: Darf Demokratie zur Diktatur der Mehrheit werden, oder muss Demokratie nicht viel mehr auch Schutz für Minderheiten und Fremde sein? Sollte sie nicht ein Abwägen von Interessen/Nutzen sein, was bringt wem was? Demokratie könnte auch bedeuten, einen offenen Umgang mit Vielfalt und Unterschiedlichkeit zu pflegen. Sind „demokratische“ Entscheidungen nur dann gut, wenn ich daraus einen Vorteil ziehe, wenn meine Meinung sich durchsetzt? Ist es legitim, Entscheidungen nur nach dem Eigennutz zu treffen? Wo bleibt da der Kompromiss?

Aber die heute vorherrschenden Werte zielen nicht auf Kompromiss. Viel zu sehr sind wir in einen Zeitgeist eingebunden, in dem nur das Gewinnen um jeden Preis das vorrangige Ziel ist. Wo man sich ohne Rücksicht auf andere durchsetzt, wo das ICH und der persönliche Vorteil, gepaart mit Gier nach mehr, das Handeln bestimmt.

Wir könnten unsere Demokratie wieder zu einem guten Kompromiss zurückführen mit mehr Toleranz und Offenheit, mit mehr WIR als ICH und mit mehr Achtung und Respekt. ■

Herbert Kuri
herbert.kuri@aon.at



Andreas Ullmann,
Buchhändler,
Puchenu

Buchtipps

Zu unserem Leitthema ist ein neues Buch von Peter Filzmaier erschienen:

„Der Zug der Lemminge“

Heute stehen wir am Abgrund, morgen sind wir einen großen Schritt weiter

ecowin verlag, 240 Seiten, Euro 21,50

In seinem Buch führt der Politologe und Kommunikationswissenschaftler das mangelnde Zukunftsdenken der ÖsterreicherInnen vor Augen.

Klappentext: Heute stehen wir am Abgrund, morgen sind wir einen großen Schritt weiter. Österreich droht ein Weg in den Untergang: Mangelndes Zukunftsdenken der Politik, das Negativeimage der Massenmedien, die fehlende Vergangenheitsbewältigung und zunehmende Fremdenfeindlichkeit, die kaum noch überbrückbaren Konfliktlinien von jung und alt bis zu privat und öffentlich, das Versagen der Bildungsdebatte als fauler Kompromiss, das mangelnde Verständnis des Umgangs mit Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit.



Trotzdem beschäftigt man sich hierzulande lieber mit der provinziellen Pflege seines National- und Regionalstolzes. Von den Parteien über die Medien bis zur Bevölkerung machen fast alle mit. Die wahren Probleme der heimischen Demokratie kümmern keinen. Wir Österreicher führen uns so auf, als wären wir Lemminge. Dabei stürzen diese gar nicht freiwillig in den Tod. Das Phänomen wurde für einen Dokumentarfilm lediglich nachgestellt. In Österreich ist die Lage ernster, weil sich das ganze Land in falscher Gemütlichkeit freiwillig sprunghaft macht. Dieses Buch ist mit viel Sachwissen, aber auch mit menschlicher Sorge um unsere Zukunft verfasst. ■



Freunde schützen vor Abschiebung Demokratie braucht Solidarität und Zivilcourage

Demokratie ist nicht die Diktatur der Mehrheit. Eine Demokratie, die nicht auf die Rechte und die Menschenwürde der Minderheiten achtet, ist keine Demokratie.

Zu den Minderheiten bei uns zählen auch Menschen, die aus anderen Teilen der Welt kommen und hier Schutz oder Perspektiven für ein besseres Leben suchen. Wie gehen wir mit MigrantInnen, Fremden um? In dieser Frage muss sich die Demokratie in Österreich und ganz Europa aktuell beweisen. In Wien wurden 2010 zwei Initiativen gegründet, die gemeinsam Solidarität mit MigrantInnen leben, deren Rechte in Gefahr sind: Der Verein Purple Sheep und das Freunde Schützen Haus.

Der Wind wird rauer ...

... in Österreich für MigrantInnen, Fremde, AsylwerberInnen: „Anwesenheitspflicht“ für Asylsuchende in Erstaufnahmezentren, verschärfte Abschiebungen von Familien, eine Debatte über Muslime angeheizt von Thilo Sarrazin.

Im November 2010 lag Strache in Umfragen erstmals auf Platz eins bei der Kanzlerfrage¹. Gleichzeitig lagen BZÖ und FPÖ zusammen genommen schon seit Wochen an erster Stelle in der Wählergunst. In diesem Klima bin ich froh, dass es Initiativen gibt, die auf ein anderes, ein solidarisches Miteinander in Österreich hinarbeiten.

Courage für schwarze Schafe

Purple Sheep wurde im April 2010 von Karin Klaric, Rechtsberaterin für AsylwerberInnen und Fremde, gegründet. Sie erlebt täglich hautnah die Auswirkungen des fremdenfeindlichen Klimas und der jährlich härter werdenden Gesetzeslage im Asylbereich: „Seit heurigem Jänner werden Abschiebungen immer kompromissloser durchgeführt. Dabei kommt es zu Unmenschlichkeiten, gegen die scheinbar nichts zu machen ist. Dem wollen wir etwas entgegensetzen.“ (Karin Klaric, derstandard.at, 16. 09. 2010)

Ziel von Purple Sheep ist es, „dass die von

der österreichischen Verfassung garantierte Einhaltung, Förderung und Sicherung der Menschenrechte ... umgesetzt und der öffentlichen Fremdenfeindlichkeit klare Grenzen gesetzt wird. Daher versuchen wir – wo immer wir können – schutzwürdige Menschen mit ganzer Kraft und unserem Wissen zu unterstützen und erinnern konsequent den österreichischen demokratischen Rechtsstaat und seine Vertreter an seine Aufgabe ... insbesondere auf jene Rücksicht zu nehmen, die die Schwächsten unter uns sind.

Wir arbeiten so lange weiter, bis in Österreich Entscheidungsträger aufhören, ... über Menschen zu sprechen als wären sie eine Seuche, bis sie aufhören, dies mit dem „Schutz“ und der „Sicherheit“ Österreichs zu argumentieren und bis sie beginnen, sich dem Ursprung und der grundlegenden Werte und vor allem der Entstehungsgeschichte dieser Republik wieder bewusst zu werden und diese nicht scheuen, auch umzusetzen.“



Konkret bietet Purple Sheep ehrenamtlich und unentgeltlich Rechtsberatung für Fremde, organisiert Kampagnen, stellt Information über die aktuelle Situation im Asyl- und Fremdenrechtsbereich zur Verfügung und dokumentiert Missbrauch und Härtefälle.

Um seine Kritikfähigkeit beibehalten zu können, lehnt Purple Sheep jede staatliche finanzielle Unterstützung ab, ist parteiunabhängig und finanziert sich ausschließlich durch private Spenden.

Wo Unrecht zu Recht wird, schützen Freunde

Das Freunde Schützen Haus ist ein Haus in Wien-Meidling und wurde von Bau-träger Hans Jörg Ulreich zum Zwecke

der Sanierung gekauft. Dieser hat nach der Abschiebung eines Freundes seines Sohnes gemeinsam mit anderen Eltern und Karin Klaric die Online-Petition www.freundeschuetzen.at im März 2010 ins Leben gerufen.

Er musste hilflos mit ansehen, wie Familie K., welche bestens integriert in seinem Wohnort in NÖ nach jahrelangem Warten in nur drei Tagen in ihr Herkunftsland Kosovo abgeschoben wurde. Familie K. hätte eigentlich – wie viele andere Betroffene – eine Chance auf eine humanitäre Niederlassung in Österreich gehabt. Sie wurde jedoch so schnell abgeschoben, dass nicht einmal mehr Zeit für eine Antragstellung blieb.

Seit Jänner 2010 ist ein Antrag auf die humanitäre Niederlassung in Österreich kein Abschiebeschutz, was bedeutet, dass trotz einer Chance auf ein Bleiben in Österreich die Behörden noch vor einer Entscheidung die Menschen abschieben dürfen. Und so wird auch verfahren. Es häufen sich die Fälle jener Menschen, die eigentlich ein Recht auf ein Bleiben haben könnten, wo jedoch die Behörden möglichst rasch eine Abschiebung durchziehen. Betroffene Menschen leiden unter enormem Druck und stehen jede Sekunde davor, ihre Existenz und ihre Heimat erneut zu verlieren.

Hans Jörg Ulreich stellt seit September 2010 sein Gebäude in Meidling zur Verfügung, in welches betroffene Familien einziehen können und betreut werden.

Droht dort eine Abschiebung, so steht rasch Rechtsbeistand zur Verfügung und die UnterstützerInnen des Freunde Schützen Hauses stellen sich symbolisch, etwa durch das Sammeln von Unterschriften oder die Information der Öffentlichkeit, vor die von Abschiebung Bedrohten. Ebenso rufen die InitiatorInnen auf, die BewohnerInnen des Freunde Schützen Hauses zu besuchen, kennen zu lernen, und ihnen so den Rücken zu stärken. ■

Mehr Informationen über die beiden Initiativen gibt es unter:

www.purplesheep.at

www.freundeschuetzen.at

¹) Kanzlerfrage: „Wenn Sie den Bundeskanzler direkt wählen könnten, für wen würden Sie sich entscheiden?“



Herbstblätter neu

Ältere KAB-Mitglieder melden sich zu Wort

Seit sechs Jahren erscheint in Information-Diskussion die Rubrik „Herbstblätter“, in der sich ältere KAB-Mitglieder zu Wort melden. 27 Frauen und Männer haben erzählt, welche Erinnerungen sie mit ihrem früheren Engagement verbinden und was sie jetzt machen. Wertvolle Beiträge, die auch späteren Generationen erhalten bleiben sollten. Wir planen daher das Angebot einer „Schreibwerkstatt“, in der etwas systematischer das Engagement früherer KAJ- und KAB-Generationen festgehalten werden soll. Zu dieser „Werkstatt“, die Anregung und Hilfe beim Schreiben sein soll, werden wir dann gesondert einladen. Diese Lebensberichte werden gesammelt, vielleicht wird daraus einmal eine Broschüre.

Zur Vorbereitung dieser Schreibwerkstatt haben wir vier ältere KAB-Mitglieder gebeten, etwas aus ihrem Leben zu erzählen, wobei wir eine etwas strukturierte Fragestellung gewählt haben, die auch Grundlage für das spätere gemeinsame Schreiben sein könnte. Den Reigen eröffnet **Peter Weibold** (Jahrgang 1937), der viele Jahre in der Linzer KAJ und KAB engagiert war und jetzt im Kremstal lebt. Peter hat sehr knapp geantwortet, die Berichte können natürlich auch umfassender und mit noch mehr „Leben“ erfüllt sein.

Peter, wo sind deine Wurzeln, wo kommst du her?

Ich komme aus dem städtischen Bereich, ich habe seit meiner Geburt in Linz gelebt. Meine Eltern aber sind aus dem Innviertel nach Linz gezogen. Ich habe noch einen um ein Jahr älteren Bruder und eine um ein Jahr jüngere Schwester.

War dein Elternhaus für dich prägend?

In meiner Kindheit war die Mutter für mich prägend, der Vater war sechs Jahre lang im Krieg.

Wie bist du zum persönlichen Engagement gekommen?

In der Nachkriegszeit war ich als Ministrant in der Kapelle des AKH Linz en-

gagiert. Später hatte ich auch gute Kontakte zum Studentenwerk der Jesuiten im Alten Dom. Eines Tages hat mich der Burschenseelsorger unserer Pfarre wegen der Übernahme der Jugendführerstelle angesprochen. Meine Reaktion war vorerst ablehnend.

Was hat dich kirchlich geprägt?

Sowohl die Prägung in der Kindheit als Ministrant sowie dann auch als Jugendführer haben auf mein späteres Leben einen starken Einfluss ausgeübt. Besonders dann, als aus der Pfarrjugend eine Entwicklung zur KAJ wurde. Dieses Engagement hat mich stets in meinem späteren Leben geleitet.

Du hast also dann doch die Jugendführung übernommen?

Das wohl entscheidende Erlebnis waren die Umstände, durch die ich die Jugendführung übernahm. Bei der Heimfahrt von einem Besuch im Kremstal, wo ich trotz Schneefall mit Sommerreifen unterwegs war, drohten mir mehrere Unfälle. An einer Kapelle an der Straße blieb ich stehen und ich bot Christus einen Deal an: „Komme ich gut nach Hause (unfallfrei), dann übernehme ich die Jugendführung. Ich kam gut nach Hause und ...

Wo engagierst du dich heute noch?

Wir – meine Frau und eine Tochter – sind vor zirka 20 Jahren ins Kremstal gezogen. Nach einer kurzen Eingewöhnungszeit übernahm ich hier in unserer Pfarre die Obmannstelle im Pfarrgemeinderat. Außerdem bin ich Obmann des Seniorenbundes Klaus.



**Peter Weibold
einst und jetzt**

Danke, Peter, für das Gespräch. Wir wünschen dir, dass du noch viele Jahre gesund auf dem Weg weitergehen kannst, den du schon in Kinder- und Jugendjahren eingeschlagen hast. ■



**Edith
Rohrhofer,
Hausfrau,
Linz**

Rollenspiel

Längst quietschen keine Bremsen mehr, wenn der ICE26 aus Düsseldorf über Frankfurt – München in den Hauptbahnhof Linz einfährt.

Wenn ich zufällig am Bahnhof bin und so ein Zug kurzen Aufenthalt hat, bilde ich mir ein, ich würde jetzt verreisen – weit weg. Ich sehe auf die moderne Polsterung, die getönten Scheiben, den Schlaf- und Speisewagen, feine Leute. So ist der Geruch der weiten Welt, der mir da entgegenströmt. Was wäre, wenn ich jetzt einsteige, einfach so. Niemand wüsste meinen Aufenthalt. Dem Alltagstrott und Druck einfach entfliehen. Würde ich eine andere Rolle spielen oder meine eingelernte. Welche würde für mich passen? Ich – eine Weltreisende? Vornehm, sprachgewandt, gewohnt, fremde Dienste in Anspruch zu nehmen, zu befehlen – mit Nachdruck, versteht sich. Oder die Rolle einer Politikerin: selbstbewusst, klug, diplomatisch, ein wenig altmodisch gekleidet, genervt, gestresst. Oder eine Frau im Dienste der Wissenschaft: gelassen, um ihren Wert wissend, überlegen, fast ein wenig herablassend, modisch gekleidet. Oder doch lieber eine einfache, wie man sagt, Frau aus dem Volk: sportlich gekleidet, mitunter etwas bieder, als getraute sie sich nicht anders, Arbeitshände, die immer selbst anpacken mussten. Was nicht immer lustig war. Und dann gibt es natürlich eine Mischung aus allen Typen.

Auf der Theaterbühne schlüpfte ich gerne in eine andere Rolle. Da bin ich jemand, der ich sonst nicht bin. Hier lebe ich aus, was ich sonst nur in meinem Umfeld beobachte.

Auch im tatsächlichen Leben habe ich eine Rolle zu spielen, die mir zugedacht ist. Aber ich finde mich nicht eingeeignet in dieser Rolle. Es ist ein guter Weg, auf dem ich von meinem „Lebensregisseur“ geführt werde. Er lässt mir viel Gestaltungsfreiheit. Manchmal muss ich aber ruhig werden und auf den Text und die Rolle hinhören, die für mich vorgesehen sind. ■

sehen – urteilen – handeln – feiern

Einladung zur Jubiläumsveranstaltung

Es sind drei Ereignisse, zu denen wir einladen, sie gemeinsam zu feiern:
120 Jahre Katholische Soziallehre, 60 Jahre KAB Österreich,
25 Jahre Papst-Leo-Stiftung

Die Jubiläumsveranstaltung findet in der niederösterreichischen Stadt Horn und im Stift Altenburg am Freitag, 13. und am Samstag, 14. Mai 2011 statt.

Wir organisieren eine gemeinsame Autobusfahrt mit Abfahrt um 14.00 Uhr vom Diözesanhaus Linz. Wir verbinden damit eine Ausflugsfahrt ins Waldviertel mit mehreren interessanten Stopps.

Um 19.00 Uhr beginnt der Festakt im Vereinshaus Horn. Die Festrede hält KSÖ-Dir. Pater Alois Riedelsberger zum Thema „Veränderungen brauchen einen langen Atem“. Die Veranstaltung moderiert Dr. Christine Haiden, zu „60 Jahre KABÖ“ wird Bundesvorsitzender Reinhold Grausam sprechen. Die Überreichung der Papst-Leo-Preise erfolgt durch Diözesanbischof Klaus Küng.

Nach einem Buffet geht's dann zur Übernachtung ins Landwirtschaftliche Fortbildungshaus Mold (3 km von Horn) oder ins Canisiusheim Horn.

Am Samstag findet von 9.00 bis 15.30 Uhr im Stift Altenburg ein Studientag unter dem Thema „Solidarität in Bedrängnis“ statt, Dr. Markus Schlagnitweit wird das Einleitungsreferat halten. In Gesprächsgruppen werden dann aktuelle Problemfelder aufgegriffen. Der Studientag endet mit einem Festgottesdienst um 16.00 Uhr in der Stiftskirche Altenburg.

Anschließend bringt uns der Bus um 18.00 Uhr wieder nach Linz, wo wir gegen 22.00 Uhr einlangen werden.

Die Kosten: Hin- und Rückfahrt ca. 25,00 Euro. Übernachtung im Fortbildungshaus Mold im DZ 29,00 Euro pro Person (EZ 34,00), im Canisiusheim im DZ 22,40 Euro pro Person (EZ 34,00).

Wir freuen uns, wenn ihr an diesem Fest teilnehmt und ersuchen um Anmeldung bis 29. 04. 2011 im KAB Büro 0732/76 10-3631, E-Mail: kabooe@dioezese-linz.at.

Jubiläumsveranstaltung in Horn und
Stift Altenburg
Fr., 13. – Sa., 14. 05. 2011

Abfahrt:

Freitag, 14.00 Uhr, Diözesanhaus Linz

Nachmittag:

Kulturprogramm im Waldviertel

Freitag, 19.00 Uhr

Festakt zu den Jubiläen:

„Veränderungen brauchen einen
langen Atem“

mit KSÖ-Dir. Pater Alois Riedlsperger

Nächtigung:

Landwirtschaftliches Fortbildungshaus
Mold oder Canisiusheim Horn

Samstag

Studientag 9.00 bis 15.30 Uhr:

„Solidarität in Bedrängnis“
mit Dr. Markus Schlagnitweit

16.00 Uhr

Festgottesdienst

Rückreise:

Sa., ca. 18.00 Uhr, in Linz ca. 22.00 Uhr

RUNDE Treffpunkt mensch & arbeit Standort voestalpine

Wir sind die Kokereirunde

Die Kokereirunde besteht aus Arbeitskollegen der Kokerei Linz. Wir treffen uns circa alle vier Wochen zu verschiedenen Aktivitäten.



Unsere Runde besteht aus zehn Personen und ab und zu begleiten uns auch unsere Frauen/Freundinnen.

Ein großes Anliegen ist uns die Vorbereitung und Gestaltung der Kokereimesse in der Karwoche, wo wir unserer verstorbenen Arbeitskollegen gedenken. Die Kokereimesse wurde heuer schon zum 53. Mal abgehalten, was die lange Tradition dieser Runde unter Beweis stellt.

Der Bezug zum Treffpunkt mensch & arbeit Standort voestalpine ist sicher die Nähe

zum Betrieb. Aber auch Rupert, der uns in der Runde begleitet.

Gemeinsame Aktivitäten wie Kino, Eisstockschießen und Diskussionen über verschiedene Themen stehen bei uns auf dem Programm.

Bei uns wird Geselligkeit, Kameradschaft und Ehrlichkeit groß geschrieben. Wir feiern vor der Sommerpause unsere Abschlussgrillerei, bei der es auch schon mal länger geworden ist. Das ehrliche offene Gespräch und die Wertschätzung von jedem ist uns wichtig.

Für die Zukunft wünschen wir uns, dass es im neuen Zentrum genauso eine gemütliche Atmosphäre gibt wie in unserem alten Zuhause.

Klaus Willburger

Einladung: Ein Abend für Frauen

Freitag, 11. März 2011

Die Treffpunkte mensch & arbeit Nettingsdorf, Linz-Mitte, Standort voestalpine und die KAB OÖ laden anlässlich des Internationalen Frauentages alle Frauen zu einem spannenden, textreichen, genüsslichen und gemütlichen Abend mit anschließendem Buffet ein.

Eintritt: freiwillige Spenden

Wir freuen uns auf euer Kommen!



Internationaler Frauentag 2011
„Lesung“ mit Mieke Medusa

Wann: Freitag, 11. März 2011, 19.30 Uhr

Wo: Treffpunkt mensch & arbeit
Standort voestalpine
Währingerstraße 20,
4020 Linz, Großer Saal

Mieke Medusa, bekanntes Kunstwerk von der Real Women's History Linz 09. 10. 2010, Party Sommer, Apparat ... 10. 10. 2010, Pils, Lyrik und Sprechkunst-Tage

Schluss mit Einkommensdiskriminierung von Frauen!

„Besser gebildet – schlechter entlohnt“ lautete der Titel des KABÖ-Frauenwochenendes vom 15. bis 16. Jänner 2011 in Wien.

Mehr als 30 Teilnehmerinnen aus sieben Diözesen kamen zusammen, um verschiedene Begründungen für Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern kritisch zu analysieren und Ansatzpunkte zu ihrer Beseitigung aufzuzeigen. Dr. Ingrid Nikolay-Leitner, Leiterin der Gleichbehandlungsanwaltschaft, zeigt in ihrem Impulsreferat beispielhaft Felder der Geschlechterdiskriminierung auf: beim Berufseinstieg, bei der zunehmenden Teilzeitarbeit von Frauen und als fortlaufende Entgeltdiskriminierung im Arbeitsverhältnis.

Transparenz

Frauen sind heute besser gebildet denn je. Damit dies beim Berufs- und Wiedereinstieg zum Tragen kommt, braucht

es selbstbewusstes Auftreten und ausreichend Informationen, wie z. B. hinsichtlich üblicher Entlohnung, Einstufung und Anrechnung von Vordienstzeiten. Weiters beschäftigten sich die Teilnehmerinnen mit der Gesetzesnovelle für mehr Einkommenstransparenz und mit der Rolle der Frau als „Dazuverdienerin“.

Neubewertung

Derzeit werden viele (Frauen-)Berufe mit dem Argument von „Angebot und Nachfrage“ gering entlohnt. Für eine zeitgemäße Bewertung von Arbeit ist es wichtig, die gesellschaftliche Notwendigkeit der jeweiligen Tätigkeit zu beachten. Unverzichtbare Arbeit muss höher bewertet und entlohnt werden, als dies derzeit der Fall ist.

In Arbeitsgruppen wurde intensiv diskutiert und viel persönliche Erfahrung eingebracht.

Zum Abschluss verabschiedeten die Teilnehmerinnen eine Resolution für die Gleichberechtigung der Geschlechter in der Arbeitswelt.

Mehr dazu unter: www.mensch-arbeit.at

Elisabeth Zarzer



oö. Teilnehmerinnen: Elisabeth Zarzer, Eva Landl, Annemarie Hudec

100 Jahre Internationaler Frauentag



19. März 2011

AUS! Aktion Umsetzung. Sofort.
Demonstration für Frauenrechte am Wiener Ring!
Treffpunkt Schwarzenbergplatz! Beginn: 14.00

Unzählige Forderungen von Frauen sind auf dem Tisch und warten noch auf Umsetzung. Am 19. März 1911 gingen 20.000 Frauen (und Männer) für mehr Frauenrechte auf die Straße. Nun jährt sich dieser Tag zum 100sten Mal – ein guter Anlass, wieder zu einer großen **Demonstration für Frauenrechte am Samstag, dem 19. März 2011 am Wiener Ring** aufzurufen!

Das oö. Frauenbündnis organisiert eine gemeinsame Anreise nach Wien: Bus ab Hauptbahnhof Linz, vor dem Haupteingang, Abfahrt: 19. März 2011 um 10.30 Uhr (Treffpunkt 10.15 Uhr) Unkostenbeitrag für Hin- und Rückfahrt: 10,00 Euro (bitte im Bus bereithalten) Anmeldung bis Freitag, 11. März 2011 bei: KAB & Betriebsseelsorge OÖ, kaboee@dioezese-linz.at, Tel: 0732/76 10-3631

8. Dezember – Kauf-nix-Tag



Am 7. Dezember 2010 verteilten wir Zeitgutscheine für konsumfreie Zeit an die Passanten und Passantinnen in der Welser Innenstadt.

Unser Anliegen war es, ein konsumkritisches Zeichen zu setzen und auf die Arbeitsbedingungen im Handel aufmerksam zu machen.

Unser Appell an die Konsumenten und Konsumentinnen, bewusst konsumfreie Zeiten im Leben einzuplanen, fand bei vielen Anklang.

Andrea Koppenberger



frauen.feiern.international. WEIHNACHTEN

Vor den vorweihnachtlichen Feiertagen (17. Dezember) haben wir es geschafft, einen Abend des kulturellen Austausches auf die Beine zu stellen.

Das Ziel der Veranstaltung war es, in erster Linie hervorzuheben, wie jede der Frauen in ihrem eigenen Kulturkreis das Weihnachtsfest bisher erlebt hat und welche Sitten und Bräuche üblich gewesen sind. Es ging also nicht um irgendeine Art Religionsausübung, sondern allein nur um den interkulturellen Austausch.

Programm

Zur Einleitung wurde „Die Geschichte des Baumwollfadens“ erzählt.

... danach folgte:

Jede Frau (da die Gäste alle weiblich waren) bekam einen Zettel und einen Stift, auf dem jede in ihrer Muttersprache „Fröhliche Weihnachten und ein frohes neues Jahr!“ aufschrieb. Daraus wurde dann ein



Strahlenkranz geformt.

Dann haben alle Frauen über ihre eigenen Erfahrungen,

wie sie Weihnachten als Kinder erlebt haben und welche Bräuche zu diesem festlichen Anlass üblich waren, erzählt.



Zu guter Letzt wurden dann diverse Speisen aus aller Herren Länder verkostet.

Jelena Vukajlovic

Wenn ihr wissen wollt, was sich sonst noch tut, schaut auf unsere Homepage: www.mensch-arbeit.at/wels

Termine

Frühstück im Treffpunkt

Mi., 02. 03., 06. 04., 04. 05. 2011,
9.00–11.00 Uhr

Filmabend

Di., 15. 03. 2011, 19.30 Uhr

ATTAC Regionalgruppe

Mo., 21. 03., 18. 04., 16. 05. 2011
19.00 Uhr

Gottesdienst Vorbereitungsteam: Bibelkreis

Sa., 26. 03. 2011, 20.00 Uhr

Veranstaltung im Rahmen vom Manifest für Gerechtigkeit:

„In Wels ist genug für alle da“
Mi., 27. 04. 2011, 19.30 Uhr

Tag der Arbeitslosen: Frühstück vor dem AMS

Di., 29. 04. 2011

Frauencafe im Frauengesundheitszentrum Wels

Mi., 04. 05. 2011, 16.00–18.00 Uhr

Pflegepersonalstammtisch

Mo., 09. 05. 2011, 19.30 Uhr

2. April 2011 Aktionswerkstatt

- *Wie kann ich mich spannend und lustvoll mit Solidarität auseinandersetzen?*
- *Wie kann ich Menschen das Thema schmackhaft servieren?*
- *Welche bewährten und neuen Aktionen und Methoden gibt es?*

Diese Fragen werden im Mittelpunkt der Aktionswerkstatt stehen. Wir werden praxisnah und ganz konkret Aktionen und Methoden rund um Solidarität kennenlernen und ausprobieren, wie z. B. Straßenzeitung live, Verstecktes Theater, Solidarität gesungen, Schreibwerkstatt ...



Wann: Samstag, 2. April 2011, 9.00 bis 16.30 Uhr

Wo: Treffpunkt mensch & arbeit Standort voestalpine
4030 Linz, Wahringerstraße 30

Kosten: Verpflegung gegen Unkostenbeitrag

Anmeldung und weitere Informationen:

E-Mail: kaboee@dioezese-linz.at
Tel.: 0732/76 10-3631 oder 76 10-3641

Anmeldeschluss: Freitag, 25. März 2011

Wir freuen uns auf dein Kommen!

Neuer Jugendleiter im Treffpunkt mensch & arbeit Nettingsdorf

Da ich neu für den Jugendbereich im Treffpunkt mensch & arbeit Nettingsdorf zuständig bin, möchte ich mich kurz vorzustellen.

Mein Name ist Oskar Angerbauer, ich bin 37 Jahre alt und seit ca. 15 Jahren begleitet mich die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen durch viele verschiedene Stationen in meinem Arbeitsleben.



Interessen habe ich viele, z. B. Lesen (Lieblingsbuch ist von Alfred P. Gruber „Aus dem Leben Hödelmossers“), Filme (Lieblingsfilm ist „Brücke sehen und sterben“),

Musik – alles was ins Ohr geht (erstes Konzert meines Lebens war Pink Floyd), Sport – Volleyball, Kultur – am liebsten geh ich ins Kabarett.

Es kommt immer gut an wenn man, ein Statement oder eine Lebensweisheit von sich gibt, also werde ich das auch versuchen:

„Wichtig ist es, den Mensch in den Mittelpunkt zu stellen und nicht das Problem.“

Oskar Angerbauer

Eine Bank wie ein Freund

SPARDAbank
Eine Bank wie ein Freund

www.diesparda.at

Bank für Jugendliche und junge Erwachsene und ihre Familien
2. August 2010, in Österreich

Treffpunkt mensch & arbeit
Vöcklabruck 07672/22 036
 mensch-arbeit.voeklabruck@dioezese-linz.at

Mit Leib und Seele singen
 Di., 15.03.2011, 19.30 Uhr, Mutterhaus

Meditation – In Achtsamkeit Üben
 Mi., 09.03., 23.03. und 06.04.2011,
 18.00–19.15 Uhr

**Internationales Frauenfest
 zum Weltfrauentag**
 So., 13.03.2011, 15.00–18.00 Uhr
 Kolpinghaus Vöcklabruck

Weitere Termine wie Frauenbegegnung, Ausflug,
 Wanderung in Vorbereitung und auf Anfrage.

Treffpunkt mensch & arbeit
Steyr Tel. 07252/75 929
 mensch-arbeit.steyr@dioezese-linz.at

Attac-Regionalgruppe
 Di., 22.02.2011, 19.00 Uhr

Internationaler Frauentag
IMPRO-Show mit den ZEBRAS
 Di., 08.03.2011, 19.00 Uhr; Dominikanerhaus

Trommelkurs für AnfängerInnen
 mit Herwig Stieger, 19.00–21.00 Uhr
 Mi., 09., 16. und 23.03.2011

Singwerkstatt
 Di., 15.03., 12.04., 10.05.2011, 19.30 Uhr

Schreibwerkstatt
 mit Waltraud Wührer
 Do., 17.03. und 14.04.2011, 19.00 Uhr

Treffpunktwochenende
 Sa., 07. bis So., 08.05.2011

Treffpunkt mensch & arbeit
Linz-Mitte 0732/65 43 98
 mensch-arbeit.linzmitte@dioezese-linz.at

Linz-Mitte Gottesdienst
 Sa., 05.03.2011, 19.00 Uhr

Internationaler Frauentag
Lesung mit Mieze Medusa
 siehe Seite 17

Auferstehungs-Gottesdienst
 Sa., 23.04.2011, 16.00 Uhr

Romreise
 Mi., 11. bis Mo., 16.05.2011

Treffpunkt mensch & arbeit
Standort voestalpine 0732/30 71 29
 mensch-arbeit.voest@dioezese-linz.at

Internationaler Frauentag
Lesung mit Mieze Medusa
 siehe Seite 17

1. Mai Gottesdienst 18.30 Uhr
 in der Grobblechhalle der voestalpine

Künstlersonntag
 So., 22.05.2011, 10.00 Uhr

Treffpunkt mensch & arbeit
Nettingsdorf Tel. 07229/88 015
 mensch-arbeit.nettingsdorf@dioezese-linz.at

Internationaler Frauentag
Lesung mit Mieze Medusa
 siehe Seite 17

Frauenfilmabend „Blind Side“
 Do., 24.03.2011, 19.30 Uhr

Schreibwerkstatt mit Ilse Lorenz
 Fr., 25.03.2011, 18.30–21.00 Uhr

BIBELABEND
 Di., 29.03., 26.04. und 31.05.2011,
 19.00–21.00 Uhr

Meditation und Entspannung
 Mi., 13.04.2011, 18.00–19.15 Uhr

Palmsonntag-Feier
 So., 17.04.2010, 11.15 Uhr

Tag der Arbeitslosen
 Fr., 29.04.2011, ab 8.00 Uhr Aktionsvormit-
 tag mit Arbeitslosenfrühstück vor AMS Traun

Wider das Vergessen
 Sa., 30.04.2011, 15.00 Uhr, Gelände Landes-
 gartenschau Ansfelden, Gedenkfeier –
 Todesmarsch der ungarischen JüdInnen im
 April 1945

Treffpunkt Pflegepersonal
 0732/79 75 04
 mensch-arbeit.pflegepersonal@dioezese-linz.at

Mit Motivation ans Ziel?
 Do., 24.02.2011, 9.00–17.00 Uhr

Heilendes in der Berührung
 Mi., 02.03.2011, 9.00–17.00 Uhr

Die Kraft der inneren Bilder
 Mi., 13.04.2011, 9.00–17.00 Uhr

Treffpunkt mensch & arbeit
Rohrbach 07289/88 11
 mensch-arbeit.rohrbach@dioezese-linz.at

Kabarett Weltweiber
 Fr., 18.03.2011, 20.00 Uhr, Centro Rohrbach

Jugendtheater Courage
 Fr., 25.03.2011, 20.15 Uhr, St. Peter/W.

Osterwanderung
 Mo., 25.04.2011, 06.00 Uhr

Aktionswoche Zirkus Solidarität
 Sa., 21.05. bis Sa., 28.05.2011

KAB & Betriebsseelsorge OÖ
 0732/76 10/3631
 mensch-arbeit@dioezese-linz.at

Internationaler Frauentag
Lesung mit Mieze Medusa
 siehe Seite 17

Sozial-Stammtisch
 „Hurra wir dürfen zahlen“
 mit Ulrike Hermann
 Do., 24.03.2011, 19.00 Uhr, Cardijn-Haus

**Den Sozialstaat neu denken –
 bedingungsloses Grundeinkommen**
 mit Markus Schlagitweit
 Do., 24.03.2011, 19.30 Uhr,
 Pfarrheim Gallneukirchen

Aktionswerkstatt
mehr.wert – Solidarität bingt's
 Näheres siehe Seite 19,
 Sa., 02.04.2011, 9.00–16.30 Uhr

Tag der Arbeitslosen 30. April
 Aktion am Taubenmarkt

60 Jahre KABÖ siehe Seite 16

KAB-Reise: Zentral- und Südschweiz
 Mo., 23.05. bis So., 29.05.2011

Treffpunkt mensch & arbeit
Braunau 07722/65 632
 mensch-arbeit.braunau@dioezese-linz.at

Ökumenische Bibelabende
 mit Jan Lange und Martina Lainer, 19.30 Uhr,
 jeden zweiten Donnerstag im Monat

Treffpunkt für Pflegepersonal
 mit Irene Huss, 20.00 Uhr, jeden zweiten
 Dienstag im Monat

Lesen am Abend
 19.30 Uhr, jeden vierten Montag/Monat

Gruppe Lebenswert Wirtschaften
 17.00 Uhr, jeden vierten Mittwoch im Monat

**8-teiliger Workshop „Erschöpfung –
 Verschnaufpausen im (Arbeits-)Alltag“**
 näheres im Treffpunkt

8. März Frauentag
 19.30 Uhr im Treffpunkt, Pippi Langstrumpf und
 andere wilde Frauen mit Musik von Eva Putta.